

2.1.3. Die Haltung der opportunistischen Führung in der Sozialdemokratie im Oktober 1918

Als Anfang Oktober 1918 die revolutionäre Krise ausbrach, suchte die herrschende Klasse verzweifelt nach einem Ausweg aus der Kriegsniederlage zur Rettung ihrer Macht. Die Furcht vor dem „Bolschewismus“, vor dem Schicksal der russischen Bourgeoisie, war zum Alpdruck für die deutsche Großbourgeoisie geworden. Die führenden Vertreter des Monopolkapitals und der Militaristen erkannten, daß sie in der neuen Epoche der Weltgeschichte nur noch ihre Klassenherrschaft behaupten konnten, wenn es ihnen gelang, die rechten Führer der SPD noch enger an den imperialistischen Staat zu binden und die Spaltung der Arbeiterbewegung zu vertiefen. Die rechten sozialdemokratischen Führer, die bereits 1914 Burgfrieden mit der imperialistischen Bourgeoisie geschlossen hatten, ließen diese auch jetzt nicht im Stich. Schon Anfang 1918 hatten die rechten Führer der SPD und der USPD, deren Wortführer vor allem Karl Kautsky war, den Erfahrungen und Lehren der Oktoberrevolution die revisionistische *Theorie eines „dritten Weges“* entgegengestellt.

Die Theorie des „dritten Weges“, der zwischen Kapitalismus und Kommunismus verlaufen sollte, gab vor, daß die Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern ohne sozialistische Revolution, ohne revolutionären Sturz der imperialistischen Staatsmacht und ohne Diktatur des Proletariats auf dem Wege der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie durch Wahlen und politische Reformen friedlich in den Sozialismus hineinwachsen könne.

Diese Theorie war die Antwort des Opportunismus auf die Große Sozialistische Oktoberrevolution. Nach dem machtvollen Januarstreik, der den großen Einfluß dieser Revolution auf die deutsche Arbeiterklasse gezeigt hatte, gingen die rechten Führer der SPD und der USPD immer mehr zum offenen Antibolschewismus über. Sie verleumdete die Sowjetmacht als „bolschewistische Gewalt- und Terrorherrschaft“ und prophezeiten ihren baldigen Zusammenbruch.

Mit der Theorie des „dritten Weges“ und des „demokratischen Sozialismus“ versuchten die rechten Führer, ihre opportunistische Politik zur Irreführung der Arbeiterklasse den neuen Bedingungen nach der Oktoberrevolution anzupassen. Sie sollte den Kampf der Massen für die revolutionäre Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in die Bahnen der bürgerlichen Demokratie lenken und die weitere Klassenzusammenarbeit mit der imperialistischen Bourgeoisie auf der Grundlage des Antikommunismus als „friedlichen“ und „demokratischen“ Weg zum Sozialismus erscheinen lassen.

Als die herrschenden Kreise Anfang Oktober 1918 versuchten, durch parlamentarische Reformen die Revolution zu verhindern, waren die rechten Führer der SPD bereit, dabei aktiv mitzuwirken. Am 3. Oktober 1918 wurde der angeblich liberale Prinz Max von Baden mit Zustimmung der Obersten Heeresleitung und der Mehrheit des Reichstages zum Reichskanzler berufen. In seine Regierung traten zwei führende Sozialdemokraten, Philipp Scheidemann und Gustav Bauer, als kaiserliche Staatssekretäre ein. Damit übernahmen rechte sozialdemokratische Führer zum erstenmal unmittelbar Funktionen im imperialistischen Staatsapparat, der der Niederhaltung der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen diente.

Aus dem Spartakusbrief vom Oktober 1918

„Die Scheidemann und Bauer, die jetzt mit einem Kuß auf die Hand der deutschen Monarchie beginnen, werden noch mit blauen Bohnen gegen streikende und demonstrierende

deutsche Arbeiter enden. Der Regierungssozialismus stellt sich mit seinem jetzigen Eintritt in die Regierung als Retter des Kapitalismus der kommenden proletarischen Revolution in den Weg... Ihr erster Ruf, ihre erste Etappe muß sein: Deutschland – Republik.“⁶

Aus einem Brief Prinz Max' von Baden vom 15. Oktober 1918

„Wir stehen mitten in einer Revolution. Gelingt es mir, diese friedlich zu gestalten, so können wir noch als Staat nach Friedensschluß weiterbestehen. Gelingt das nicht, so kommt die Revolution der Gewalt und der Untergang. Heute noch hoffe ich, den Kaiser und die Dynastie Hohenzollern zu retten... Gottlob, daß ich in den Sozialdemokraten Männer auf meiner Seite habe, auf deren Loyalität (regierungstreue Gesinnung – d. Red.) wenigstens gegen mich ich mich vollkommen verlassen kann. Mit ihrer Hilfe werde ich hoffentlich imstande sein, den Kaiser zu retten!“⁷

● *Vergleichen Sie diese Aussage des Klassenfeindes und die Einschätzung der Spartakusgruppe! Zu welcher Schlußfolgerung gelangen Sie?*

Ende Oktober 1918 beschloß der Reichstag Verfassungsänderungen, durch die einige Rechte des Kaisers auf den Reichstag übertragen wurden. So durften die Parteien nun den Reichskanzler und die Minister vorschlagen, und die Regierung wurde dem Parlament verantwortlich. Auch für Kriegserklärung und Friedensschluß war künftig die Zustimmung des Reichstages erforderlich. Damit wurden zwar die Rechte des Parlaments erweitert, aber an den ökonomischen und politischen Machtverhältnissen hatte sich nichts geändert. Die rechten Führer der SPD aber versuchten der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen vorzutäuschen, daß Deutschland nun ein „demokratischer Volksstaat“ geworden sei, in dem der Sozialismus friedlich seinen Vormarsch antreten könne.

⁶ Zitiert nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 3, Berlin 1966, S. 73.

⁷ Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente. Stuttgart/Berlin/Leipzig 1927, S. 405 f.